



Bayerisches Ministerialblatt

BayMBl. 2022 Nr. 557

30. September 2022

2126-1-21-G

Siebzehnte Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (17. BayIfSMV)

vom 30. September 2022

Auf Grund des § 32 Satz 1 in Verbindung mit § 28 Abs. 1, § 28b Abs. 1 Satz 9 und 10 sowie Abs. 2 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), das zuletzt durch Art. 1b des Gesetzes vom 16. September 2022 (BGBl. I S. 1454) geändert worden ist, und § 9 Nr. 5 der Delegationsverordnung (DeIV) vom 28. Januar 2014 (GVBl. S. 22, BayRS 103-2-V), die zuletzt durch Verordnung vom 27. September 2022 (BayMBl. Nr. 555) geändert worden ist, verordnet das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege:

Teil 1 Geltende Regelungen

§ 1 Allgemeine Verhaltensempfehlungen

¹Jeder wird angehalten, wo immer möglich zu anderen Personen einen Mindestabstand von 1,5 m einzuhalten und auf ausreichende Handhygiene zu achten. ²In geschlossenen Räumlichkeiten wird unbeschadet der Bestimmungen des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) und des § 2 empfohlen, mindestens eine medizinische Gesichtsmaske zu tragen und auf ausreichende Belüftung zu achten. ³Für Betriebe, Einrichtungen, Angebote und Veranstaltungen mit Publikumsverkehr wird empfohlen, Hygienekonzepte zu erstellen, die insbesondere Maßnahmen zur Bereitstellung von Desinfektionsmitteln und zur Vermeidung unnötiger Kontakte vorsehen.

§ 2 Maskenpflicht

(1) In

1. Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs für
 - a) Fahrgäste und
 - b) das Kontroll- und Servicepersonal sowie das Fahr- und Steuerpersonal, soweit für dieses tätigkeitsbedingt physischer Kontakt zu anderen Personen besteht,
2. Gebäuden und geschlossenen Räumen einschließlich geschlossener Fahrzeugbereiche für Betreiber und Beschäftigte von
 - a) Arztpraxen,
 - b) Einrichtungen für ambulantes Operieren,
 - c) Vorsorgeeinrichtungen, in denen eine den Krankenhäusern vergleichbare medizinische Versorgung erfolgt,
 - d) Dialyseeinrichtungen,
 - e) Tageskliniken,

f) Rettungsdiensten,

soweit sich dort mehrere Personen aufhalten und dies zur Abwendung einer Gefahr für Personen, die auf Grund ihres Alters oder ihres Gesundheitszustandes ein erhöhtes Risiko für einen schweren oder tödlichen Krankheitsverlauf von COVID-19 haben, erforderlich ist,

3. Gebäuden und geschlossenen Räumen außerhalb privater Räumlichkeiten von Obdachlosenunterkünften und Einrichtungen zur gemeinschaftlichen Unterbringung von Asylbewerbern, vollziehbar Ausreisepflichtigen, Flüchtlingen und Spätaussiedlern

gilt die Pflicht zum Tragen mindestens einer medizinischen Gesichtsmaske (Maskenpflicht).

(2) Die Maskenpflicht entfällt beim Vorliegen notwendiger Gründe und in den in § 28b Abs. 2 Satz 3 IfSG genannten Fällen.

(3) ¹Von der Maskenpflicht sind befreit:

1. Kinder bis zum sechsten Geburtstag;
2. Personen, die glaubhaft machen können, dass ihnen das Tragen einer Maske auf Grund einer Behinderung oder aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich oder unzumutbar ist, solange dies vor Ort sofort insbesondere durch Vorlage eines schriftlichen ärztlichen Zeugnisses im Original nachgewiesen werden kann, das den vollständigen Namen, das Geburtsdatum und konkrete Angaben zum Grund der Befreiung enthalten muss;
3. Gehörlose und schwerhörige Menschen sowie deren Begleitpersonen.

²Die Maske darf abgenommen werden, solange es zu Identifikationszwecken oder zur Kommunikation mit Menschen mit Hörbehinderung erforderlich ist. ³Für Beschäftigte gilt während ihrer dienstlichen Tätigkeit die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Gesichtsmaske im Rahmen der arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen.

(4) Betreiber sind verpflichtet, die Einhaltung der Bestimmungen zur Maskenpflicht nach den Abs. 1 bis 3 sicherzustellen.

§ 3

Ausnahmen von einrichtungsbezogenen Testerfordernissen

(1) ¹Ausgenommen von einem Testerfordernis nach § 28b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Buchst. a IfSG sind Betreiber und Beschäftigte, die nicht auf Stationen oder in Bereichen mit besonders vulnerablen Patienten eingesetzt sind. ²Besonders vulnerabel sind Patienten, die auf Grund ihres Alters oder ihres Gesundheitszustandes ein stark erhöhtes Risiko für einen schweren oder tödlichen Krankheitsverlauf von COVID-19 haben. ³Die Stationen und Bereiche des Krankenhauses mit besonders vulnerablen Patienten sind in den Hygieneplänen nach § 23 Abs. 5 Satz 1 IfSG zu benennen und den Beschäftigten bekanntzugeben.

(2) Ausgenommen von einem Testerfordernis nach § 28b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Buchst. b IfSG sind Personen beim Betreten einer heilpädagogischen Tagesstätte.

(3) ¹Ausgenommen von einem Testerfordernis nach § 28b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 oder Nr. 4 IfSG sind Betreiber und Beschäftigte, wenn sie geimpfte oder genesene Personen im Sinne von § 22a Abs. 1 und 2 IfSG sind und mindestens zweimal pro Kalenderwoche einen Testnachweis erbringen. ²Testnachweis nach Satz 1 ist ein Testnachweis nach § 22a Abs. 3 IfSG oder ein schriftlicher oder elektronischer Testnachweis auf der Grundlage

1. eines PCR-Tests, PoC-PCR-Tests oder eines Tests mittels weiterer Methoden der Nukleinsäureamplifikationstechnik, der vor höchstens 48 Stunden durchgeführt wurde,
2. eines PoC-Antigentests, der vor höchstens 24 Stunden durchgeführt wurde, oder
3. eines vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte zugelassenen Antigentests zur Eigenanwendung durch Laien (Selbsttests), der vor höchstens 24 Stunden durchgeführt wurde,

sofern der Test im Übrigen § 22a IfSG entspricht. ³Eine Testung nach Satz 2 Nr. 3 kann auch ohne Aufsicht erfolgen.

(4) Ausgenommen von einem Testerfordernis nach § 28b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 oder Nr. 4 IfSG sind ferner

1. Kinder bis zum sechsten Geburtstag,
2. noch nicht eingeschulte Kinder,
3. Personen, bei denen die Testung ihren Zweck nicht erfüllen kann.

(5) Die Begleitung Sterbender ist jederzeit zulässig.

Teil 2 Schlussvorschriften

§ 4 Ergänzende Anordnungen, Ausnahmen

(1) Weitergehende oder ergänzende Anordnungen der für den Vollzug des Infektionsschutzgesetzes zuständigen Behörden bleiben im Rahmen des § 28b Abs. 5 Satz 2 IfSG unberührt.

(2) ¹Ausnahmegenehmigungen können im Einzelfall auf Antrag von der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde erteilt werden, soweit dies aus infektionsschutzrechtlicher Sicht vertretbar ist und Bundesrecht nicht entgegensteht. ²Ausnahmegenehmigungen, die einen generellen Personenkreis oder eine allgemeine Fallkonstellation betreffen, dürfen unter den Voraussetzungen des Satzes 1 nur im Einvernehmen mit der zuständigen Regierung erteilt werden.

§ 5 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 73 Abs. 1a Nr. 24 IfSG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 2 der Maskenpflicht nicht nachkommt oder entgegen § 2 Abs. 4 als Betreiber nicht sicherstellt, dass der Maskenpflicht nachgekommen wird.

§ 6 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 2022 in Kraft und mit Ablauf des 28. Oktober 2022 außer Kraft.

München, den 30. September 2022

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

Klaus H o l e t s c h e k , Staatsminister

Impressum**Herausgeber:**

Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Postanschrift: Postfach 220011, 80535 München

Telefon: +49 (0)89 2165-0, E-Mail: direkt@bayern.de

Technische Umsetzung:

Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:

Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech

Telefon: +49 (0)8191 126-725, Telefax: +49 (0)8191 126-855, E-Mail: druckerei.ii@jv.bayern.de

ISSN 2627-3411**Erscheinungshinweis / Bezugsbedingungen:**

Das Bayerische Ministerialblatt (BayMBl.) erscheint nach Bedarf, regelmäßiger Tag der Veröffentlichung ist Mittwoch. Es wird im Internet auf der Verkündungsplattform Bayern www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die Verkündungsplattform Bayern ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der Verkündungsplattform Bayern entnommen werden.



Bayerisches Ministerialblatt

BayMBl. 2022 Nr. 558

30. September 2022

2126-1-21-G

Begründung der Siebzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung

vom 30. September 2022

Die Begründung der Siebzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (17. BayIfSMV) vom 30. September 2022 (BayMBl. Nr. 557) wird im Hinblick auf § 28b Abs. 5 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) bekannt gemacht.

Die vorliegende Verordnung beruht auf § 32 Satz 1 in Verbindung mit § 28 Abs. 1, § 28b Abs. 1 Satz 9 und 10, Abs. 2 IfSG und § 9 Nr. 5 DelV. Die 17. BayIfSMV enthält nach Auslaufen der Sechzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (16. BayIfSMV) die als Ergänzung zu den bundesrechtlichen Schutzmaßnahmen von § 28b Abs. 1 IfSG zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) und zur Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems und der sonstigen Kritischen Infrastrukturen erforderlichen Maßnahmen. Ziel dieser Maßnahmen ist es, eine Vielzahl schwerer Krankheitsverläufe zu verhindern, vulnerable Personen zu schützen und die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems und der sonstigen kritischen Infrastrukturen zu gewährleisten.

Zusätzlich bestimmt die 17. BayIfSMV in Bereichen, in denen dies infektiologisch vertretbar ist, Ausnahmen von den bundesrechtlichen Testerfordernissen. Die Verordnung ist zunächst bis einschließlich 28. Oktober 2022 befristet.

Soweit in der 17. BayIfSMV bereits bestehende Maßnahmen fortgeführt werden, wird auf die Begründung der 16. BayIfSMV vom 1. April 2022 (BayMBl. Nr. 211) sowie auf die Begründungen der Verordnungen zur Änderung der 16. BayIfSMV vom 29. April (BayMBl. Nr. 267), vom 27. Mai (BayMBl. Nr. 328), vom 24. Juni (BayMBl. Nr. 385), vom 30. Juni (BayMBl. Nr. 401), vom 21. Juli 2022 (BayMBl. Nr. 428), vom 18. August (BayMBl. Nr. 487), vom 8. September (BayMBl. Nr. 512) und vom 22. September 2022 (BayMBl. Nr. 538) verwiesen.

Das maßgebliche Lagebild für die vorliegende Verordnung stellt sich wie folgt dar:

Nach einem Ende Juli 2022 beginnenden Rückgang der täglichen Fallzahlen steigen diese sowohl für Bayern als auch bundesweit seit dieser Woche deutlich an. Am 30. September 2022 liegt die 7-Tage-Inzidenz der Meldedefälle in Bayern bei 654,8. Damit weist Bayern am 30. September 2022 eine 7-Tage-Inzidenz über dem Bundesdurchschnitt von 466,0 auf.

Insgesamt verzeichnen nach den Daten des Robert Koch-Instituts (RKI) am 30. September 2022 alle Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern eine 7-Tage-Inzidenz der Meldedefälle von über 300. Im Einzelnen liegen vier Kreise über 900 und zehn Kreise über 800. Weitere 14 Kreise liegen zwischen 700 und 800, weitere 19 Kreise zwischen 600 und 700, 31 weitere Kreise zwischen 500 und 600 und weitere 15 Kreise zwischen 400 und 500 (https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4/page/page_1). In der Gesamtbetrachtung zeigt sich in Bayern damit ein hohes Infektionsniveau.

Die Reproduktionszahl lag in den vergangenen Tagen meist über dem Wert von 1. Nach RKI-Berechnungen liegt der 7-Tage-R-Wert für Bayern am 30. September 2022 bei 1,60, für Deutschland bei 1,42.

Die binnen einer Kalenderwoche gemeldeten Sterbefälle sind mit Datenstand vom 28. September 2022 mit 43 Sterbefällen in der Kalenderwoche 37 (12. September bis 18. September 2022) auf dem Niveau der Vorwoche (5. September bis 11. September 2022) mit 42 Sterbefällen. Die 7-Tage-Hospitalisierungsrate als

Maßstab für die Krankheitsschwere befindet sich deutlich über dem Niveau der Vorwoche. Am 30. September 2022 wurden nach den Daten des RKI innerhalb der letzten sieben Tage 1 469 hospitalisierte Fälle registriert, was einer 7-Tage-Hospitalisierungsinzidenz von 11,15 entspricht (https://www.lgl.bayern.de/gesundheit/infektionsschutz/infektionskrankheiten_a_z/coronavirus/karte_coronavirus/index.htm#wKennzahlen). Eine Woche zuvor, am 23. September 2022, waren es 858 hospitalisierte Fälle innerhalb der letzten sieben Tage (7-Tage-Hospitalisierungsinzidenz von 6,51).

Die oben genannte Hospitalisierungsinzidenz ist jedoch nicht hinreichend valide, weil es aufgrund der hohen Infektionszahlen nach wie vor zu deutlichen Meldeverzügen der Gesundheitsämter kommt. Das RKI weist deshalb eine adjustierte 7-Tage-Hospitalisierungsinzidenz aus, die den zeitlichen Verzug der Meldungen nach dem Infektionsschutzgesetz korrigiert

(https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Daten/Fallzahlen_Inzidenz_aktualisiert.html?jsessionid=800C9202B8C591748688663E3FB46A7D.internet052?nn=13490888). Danach betrug die adjustierte 7-Tage-Hospitalisierungsinzidenz für Bayern am 27. September 2022 12,59 und lag damit deutlich über der tagesaktuell am 27. September 2022 vom RKI für Bayern berichteten 7-Tage-Hospitalisierungsinzidenz von 7,91 (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Daten/Fallzahlen_Kum_Tab.html).

Seit dem 9. Juni 2022 liegt die adjustierte 7-Tage-Hospitalisierungsinzidenz wieder über dem vom RKI im Papier zur ControlCOVID-Strategie für die Stufe Rot empfohlenen Grenzwert von 5 (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Downloads/control-covid-2021-09-22.pdf?__blob=publicationFile).

Im Zeitraum vom 23. Juli 2022 bis Anfang September 2022 war ein deutlicher Rückgang der Anzahl der mit COVID-19 infizierten Patienten belegten Krankenhausbetten zu verzeichnen. Seitdem ist insgesamt wieder eine, seit einigen Tagen auch deutlichere, Zunahme der Belegung mit COVID-19-Patienten festzustellen.

Auch im Bereich der Intensivkapazitäten war von Ende Juli 2022 bis Anfang September 2022 eine Abnahme der Zahl intensivmedizinisch behandelter COVID-19-Patienten zu verzeichnen. Seitdem wird wieder eine steigende Tendenz von COVID-19-Patienten im Intensivbereich festgestellt. Abzuwarten bleibt, ob sich diese Tendenz weiter verfestigt.

Aktuell werden bayernweit 2 619 Patienten, bei denen eine Infektion mit SARS-CoV-2 nachgewiesen wurde, stationär behandelt (Meldungen der Krankenhäuser in IVENA vom 30. September 2022). Davon werden derzeit 174 COVID-19-Fälle intensivmedizinisch behandelt (Meldungen der Krankenhäuser im DIVI-Intensivregister vom 30. September 2022). Die durchschnittliche Auslastung der Intensivstationen liegt bayernweit bei 89,9 % (DIVI-Meldungen, Stand 30. September 2022).

Angesichts der noch immer erheblichen, nun zudem auch wieder steigenden Belegung insbesondere der Normalstationen mit COVID-19-Patienten und der gleichzeitig zu verzeichnenden Personalausfälle sind die aktuelle Entwicklung der Hospitalisierung von COVID-19-Patienten sowie die Personalsituation der Kliniken weiterhin sehr aufmerksam zu beobachten. Auch im Normalpflegebereich bringt die Behandlung von Patienten mit einer nachgewiesenen SARS-CoV-2-Infektion einen erheblichen zusätzlichen Isolationsaufwand mit sich. Personalengpässe führten in den vergangenen Wochen bereits zu teils schwierigen Betriebssituationen in den Krankenhäusern. Neben den Patientenzahlen ist das Vorhandensein des Personals für die Verfügbarkeit der Krankenhausbetten und somit für die Lagebeurteilung von entscheidender Bedeutung. So wird das System umso stärker belastet, je stärker sich die zu verzeichnenden Personalausfälle, etwa infolge von Quarantäne- oder Isolationsmaßnahmen, darstellen. Beim Klinikpersonal kommt es laut Rückmeldungen aus der Praxis aktuell noch immer zu Ausfällen, deren Intensität in jüngster Vergangenheit wieder, punktuell auch teils massiv, zugenommen hat. Ursächlich hierfür sind neben COVID-19-Infektionen auch zunehmend jahreszeit- und witterungsbedingte Infektionen. Die hierauf zurückzuführenden Ausfälle haben bereits jetzt ein erhebliches Ausmaß erreicht, das perspektivisch weiter steigen wird. Von den Personalausfällen sind nicht nur die bettenführenden Stationen betroffen, sondern auch die Notaufnahmen der Krankenhäuser, was die Versorgungssituation besonders empfindlich trifft. Kliniken berichten in diesem Zusammenhang auch zunehmend über die Notwendigkeit, das elektive Behandlungsgeschehen zumindest teilweise einzuschränken oder vorübergehend ganz auszusetzen.

Die Patientenversorgung ist somit bereits aktuell nur durch erhebliche Anstrengungen der Kliniken gewährleistet. Die Lage der bayerischen Krankenhäuser wird insgesamt als derzeit noch beherrschbar, aber durchaus nach wie vor herausfordernd und deutlich angespannt eingeschätzt. Da sich auch in den Krankenhäusern die Situation stets mit einem zeitlichen Verzug zum eigentlichen Infektionsgeschehen

entwickelt, ist davon auszugehen, dass sich die Belastung in den Kliniken in den nächsten Tagen bzw. Wochen weiter zuspitzt. Um eventuelle weitere kurzfristige Verschärfungen der Lage rechtzeitig zu erkennen und ihnen entgegenwirken zu können, bleibt die weitere Entwicklung der Bettenbelegung mit COVID-19-Patienten, aber auch der Personalsituation in den Krankenhäusern aufmerksam zu beobachten.

In Bayern wurden bisher 28 177 895 COVID-19-Schutzimpfungen durchgeführt, die sich auf Erstimpfungen, Zweitimpfungen und Auffrischungsimpfungen verteilen. Inzwischen (Stand 30. September 2022) haben 9 890 153 Personen, und damit rund 75,1 %, eine Grundimmunisierung durch Impfung(en) erhalten. Die Impfquote der grundimmunisierten Personen ab 60 Jahren liegt in Bayern bei rund 88,1 %, die Impfquote der grundimmunisierten Personen im Alter von 18 bis 59 Jahren liegt bei rund 82,0 % und die Impfquote der grundimmunisierten Personen im Alter von 12 bis 17 Jahren bei rund 70,6 %. Seit Mitte August 2021 besteht für bestimmte Personengruppen die Möglichkeit, eine erste Auffrischungsimpfung zu erhalten. Seit Mitte November 2021 können grundsätzlich alle Volljährigen und seit Mitte Januar 2022 auch alle 12- bis 17-Jährigen eine erste Auffrischungsimpfung erhalten, sofern der Mindestabstand zur Grundimmunisierung abgelaufen ist. In Bayern wurden bisher 7 754 708 erste Auffrischungsimpfungen durchgeführt, die in der oben genannten Gesamtzahl der COVID-19-Schutzimpfungen enthalten sind. Die Impfquote bei den ersten Auffrischungsimpfungen liegt damit bezogen auf die bayerische Bevölkerung derzeit bei rund 58,9 %. Seit Mitte Februar 2022 ist es für bestimmte Personengruppen auch möglich, eine zweite Auffrischungsimpfung zu erhalten. Bezogen auf die bayerische Gesamtbevölkerung liegt die Impfquote in Bayern hier aktuell bei rund 7,0 %, bei der Bevölkerung ab 60 Jahren liegt sie bei rund 20,3 %.

Da ausreichend Impfstoff für COVID-19-Schutzimpfungen vorhanden ist, besteht seit vielen Monaten für alle Impfwilligen ab 12 Jahren die Möglichkeit, zeitnah eine Schutzimpfung zu erhalten. Die ersten Impfungen von Fünf- bis Elfjährigen mit einem für sie zugelassenen Impfstoff waren Mitte Dezember 2021 möglich. Inzwischen liegt die Impfquote bei den Erstimpfungen bezogen auf die bayerische Bevölkerung dieser Altersgruppe bei rund 21,1 % und bei den vollständigen Impfungen bei rund 19,3 %.

Am 1. September 2022 wurden die Impfstoffe Comirnaty Original/Omicron BA.1 (BioNTech/Pfizer) und Spikevax bivalent Original/Omicron BA.1 (Moderna) durch die EU-Kommission zugelassen. Am 12. September 2022 wurde zusätzlich der variantenangepasste Impfstoff BA.4/BA.5 von BioNTech/Pfizer zugelassen. Die Zulassung erstreckt sich nur auf Auffrischungsimpfungen für Personen ab 12 Jahren. Eine Empfehlung der STIKO zur Verimpfung der angepassten BA.1-Impfstoffe bzw. des angepassten BA.4/5-Impfstoffs von BioNTech wird zeitnah erwartet. In ihrem Beschlussentwurf zur 22. Aktualisierung der COVID-19-Impfempfehlung für Auffrischungsimpfungen bei Personen ab 12 Jahren wird vorzugsweise die Verwendung eines dieser Omikron-adaptierten bivalenten mRNA-Impfstoffe empfohlen. Dabei kann ab dem Alter von 12 Jahren der Impfstoff „Comirnaty Original/Omicron BA.1“ oder der Impfstoff „Comirnaty Original/Omicron BA.4/BA.5“ und ab dem Alter von 30 Jahren alternativ auch der Impfstoff „Spikevax bivalent Original/Omicron“ eingesetzt werden. Die Auffrischungsimpfung soll in einem Mindestabstand von 6 Monaten zum letzten immunologischen Ereignis (letzte COVID-19-Impfstoffdosis oder SARS-CoV-2-Infektion) verabreicht werden.

Nach einem Rückgang der bundesweiten 7-Tage-Inzidenz der gemeldeten Fälle von SARS-CoV-2-Infektion bis zur Meldewoche 35 mit anschließender Stagnation sind die 7-Tages-Inzidenzwerte seit der Meldewoche 37 wieder angestiegen. Dabei nahmen die 7-Tage-Inzidenzwerte in den meisten Bundesländern und Altersgruppen zu, wobei die höheren Altersgruppen (50–84 Jahre) den stärksten Anstieg zeigten. Weiterhin ist die Omikron-Sublinie BA.5 die in Deutschland dominierende SARS-CoV-2-Variante, ihr Gesamtanteil lag in der Kalenderwoche 38/2022 bei 96 %. Andere Varianten wurden fast vollständig verdrängt. Die Varianten BA.2 und BA.4 machten auch in dieser Woche nur einen sehr geringen Anteil aus.

SARS-CoV-2 zirkuliert weiterhin in erheblichem Maße in der Bevölkerung. Das Virus verbreitet sich überall dort, wo Menschen ohne Schutzmaßnahmen zusammenkommen, insbesondere in geschlossenen Räumen. Der Anteil schwerer Erkrankungen und Todesfälle ist nicht mehr so hoch wie in den ersten vier Erkrankungswellen der COVID-19-Pandemie. Die höchste Gefährdung für schwere Erkrankungen betrifft jedoch nach wie vor Menschen höheren Alters und Menschen mit Vorerkrankungen oder unzureichendem Immunschutz. Ihr Schutz steht in der aktuellen Phase der Pandemie im Vordergrund.

Der geringere Anteil schwerer Erkrankungen und die niedrigere Zahl der mit COVID-19-assoziierten Todesfälle während der Omikron-Welle im Vergleich zu den ersten vier Wellen sind zurückzuführen auf die zunehmende Grundimmunität in der Bevölkerung, insbesondere aufgrund der gut wirksamen Impfung, in Kombination mit einem grundsätzlich geringeren Anteil schwerer Erkrankungen bei Infektionen, die durch die Omikron-Variante hervorgerufen werden.

Das Ziel der Schutzmaßnahmen ist es, eine Vielzahl schwerer Krankheitsverläufe zu verhindern und für vulnerable Personen einen Schutz herzustellen. Dessen ungeachtet bleibt es das Ziel der infektionspräventiven Maßnahmen, schwere Erkrankungen und Todesfälle zu minimieren und Langzeitfolgen, die auch nach milden Krankheitsverläufen auftreten können und deren langfristige Auswirkungen noch nicht absehbar sind, zu vermeiden. Daher sollten von jedem Bürger und jeder Bürgerin möglichst alle empfohlenen Maßnahmen des Infektionsschutzes eigenverantwortlich umgesetzt werden: die Einhaltung des Mindestabstands, die Beachtung der Hygiene, das regelmäßige und gründliche Lüften von Innenräumen vor, während und nach dem Aufenthalt mehrerer Personen sowie das Tragen von Masken (AHA+L-Regeln). Diese Empfehlungen gelten auch für Geimpfte und Genesene, da Infektionen und Transmissionen auch in diesen Personengruppen auftreten können.

Vor dem Hintergrund dieses Lagebilds und der ab 1. Oktober 2022 bestehenden bundesrechtlichen Schutzmaßnahmen und Befugnisse der Länder sieht die 17. BayIfSMV die folgenden Regelungen vor:

§ 1 enthält weiterhin allgemeine Verhaltensempfehlungen zur Infektionsprävention. Empfohlen wird, wo immer möglich zu anderen Personen einen Mindestabstand einzuhalten, auf ausreichende Handhygiene zu achten und in geschlossenen Räumlichkeiten mindestens eine medizinische Gesichtsmaske zu tragen. Diese Empfehlung gilt unbeschadet der Maskenpflicht nach § 2 und der durch § 28b Abs. 1 IfSG unmittelbar bundesrechtlich angeordneten Maskenpflicht.

§ 2 ordnet unter den dort genannten Voraussetzungen für die dort genannten Einrichtungen die Pflicht zum Tragen mindestens einer medizinischen Gesichtsmaske an. Diese landesrechtliche Maskenpflicht ergänzt die bundesrechtliche Maskenpflicht nach § 28b Abs. 1 IfSG um weitere Einrichtungen und Personengruppen.

Aufgrund von § 28b Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 4 IfSG besteht im Zeitraum 1. Oktober 2022 bis 7. April 2023 eine FFP2-Maskenpflicht für Fahrgäste ab 14 Jahren im öffentlichen Personenfernverkehr, für Beschäftigte und Besucher sowie für Patienten, Bewohner und betreute Personen in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen in denen eine den Krankenhäusern vergleichbare medizinische Versorgung erfolgt und in voll- und teilstationären Einrichtungen zur Betreuung und Unterbringung älterer, behinderter oder pflegebedürftiger Menschen und vergleichbaren Einrichtungen. Außerdem besteht aufgrund dieser bundesrechtlichen Vorschriften eine FFP2-Maskenpflicht für in der Pflege tätige Beschäftigte ambulanter Pflegedienste. Daneben besteht bereits kraft Bundesrechts in Verkehrsmitteln des Personenfernverkehrs für Fahrgäste zwischen dem 6. und dem 14. Lebensjahr und für das Kontroll- und Servicepersonal und das Fahr- und Steuerpersonal, soweit tätigkeitsbedingt physische Kontakte zu anderen Personen bestehen, die Pflicht, eine medizinische Gesichtsmaske zu tragen. Schließlich besteht aufgrund von § 28b Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 IfSG bundesrechtlich eine FFP2-Maskenpflicht für Patienten und Besucher, nicht aber für Beschäftigte, in Einrichtungen zur ambulanten medizinischen Versorgung und in Rettungsdiensten.

§ 2 der 17. BayIfSMV ordnet ergänzend hierzu die Pflicht an, mindestens medizinische Gesichtsmaske zu tragen in Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs für Fahrgäste (Nr. 1 Buchst. a)) und für das Kontroll- und Servicepersonal sowie das Fahr- und Steuerpersonal, soweit für dieses tätigkeitsbedingt physischer Kontakt zu anderen Personen besteht (Nr. 1 Buchst. b)), in Gebäuden und geschlossenen Räumen einschließlich geschlossener Fahrzeugbereiche für Betreiber und Beschäftigte von Arztpraxen (Nr. 2 Buchst. a)), Einrichtungen für ambulantes Operieren (Nr. 2 Buchst. b)), Vorsorgeeinrichtungen, in denen eine den Krankenhäusern vergleichbare medizinische Versorgung erfolgt (Nr. 2 Buchst. c)), Dialyseeinrichtungen (Nr. 2 Buchst. d)), Tageskliniken (Nr. 2 Buchst. e)), Rettungsdiensten (Nr. 2 Buchst. f)), soweit sich dort mehrere Personen aufhalten und dies zur Abwendung einer Gefahr für Personen, die auf Grund ihres Alters oder ihres Gesundheitszustandes ein erhöhtes Risiko für einen schweren oder tödlichen Krankheitsverlauf von COVID-19 haben, erforderlich ist, sowie in Gebäuden und geschlossenen Räumen außerhalb privater Räumlichkeiten von Obdachlosenunterkünften und Einrichtungen zur gemeinschaftlichen Unterbringung von Asylbewerbern, vollziehbar Ausreisepflichtigen, Flüchtlingen und Spätaussiedlern (Nr. 3).

§ 2 Abs. 2 stellt klar, dass die landesrechtliche Maskenpflicht beim Vorliegen notwendiger Gründe entfällt. Zudem entfällt die landesrechtliche Maskenpflicht für getestete Personen im Sinne des § 22a Abs. 3 IfSG in den in § 28b Abs. 2 Satz 3 IfSG genannten Fällen. Die letztgenannte Ausnahme ist durch die bundesrechtliche Befugnisnorm verpflichtend vorgegeben. Sie bedeutet, dass für getestete Personen bei Freizeit-, Kultur- und Sportveranstaltungen sowie in gastronomischen Einrichtungen innerhalb von Obdachlosenunterkünften und Einrichtungen zur gemeinschaftlichen Unterbringung von Asylbewerbern, vollziehbar Ausreisepflichtigen; Flüchtlingen und Spätaussiedlern keine Maskenpflicht gilt.

§ 2 Abs. 3 führt die bisherigen Ausnahmen von der Maskenpflicht fort und ergänzt diese in Übereinstimmung mit dem Bundesrecht um eine Ausnahme für gehörlose und schwerhörige Menschen und deren Begleitpersonen.

§ 2 Abs. 4 enthält die bußgeldbewehrte (§ 5 Alt. 2) Verpflichtung der Betreiber, die Einhaltung der Bestimmungen zur Maskenpflicht nach den Absätzen Abs. 1 bis 3 sicherzustellen.

§ 3 regelt auf Grundlage von § 28b Abs. 1 Satz 9 und 10 IfSG Ausnahmen von den nunmehr in § 28b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 IfSG unmittelbar durch das Bundesrecht angeordneten einrichtungsbezogenen Testerfordernissen. Diese Ausnahmen sind notwendig, um die bundesrechtlichen Vorgaben an das unter Geltung der 16. BayIfSMV bestehende und weiterhin allein erforderliche Testniveau anzupassen.

Ausgenommen von den Testerfordernissen des § 28b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Buchst. a) IfSG ist nach § 3 Abs. 1 Satz 1 die Personengruppe der Betreiber und Beschäftigten, die nicht auf Stationen oder in Bereichen mit besonders vulnerablen Patienten eingesetzt sind.

Ausgenommen vom Testerfordernis des § 28b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Buchst. b) IfSG sind nach § 3 Abs. 2 alle Personen beim Betreten einer heilpädagogischen Tagesstätte. Hierdurch wird ein Gleichlauf mit Schulen und Förderschulen erreicht, in denen ebenfalls keine Testerfordernisse gelten. Kinder und Jugendliche mit Behinderung besuchen in der Regel vormittags eine Förderschule und nachmittags eine heilpädagogische Tagesstätte. Oft sind diese Einrichtungen auf dem gleichen Gelände, teilweise auch im gleichen Gebäude, und es werden häufig die gleichen Räumlichkeiten genutzt. Häufig ist auch das pädagogische Personal identisch.

§ 3 Abs. 3 regelt eine Ausnahme für Betreiber und Beschäftigte in vulnerablen Einrichtungen des § 28b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und Nr. 4 IfSG, die geimpfte oder genesene Personen im Sinne des § 22a Abs. 1 und 2 IfSG sind, sodass für diese Personen wie bisher unter Geltung der 16. BayIfSMV das Erbringen von zwei Testnachweisen pro Kalenderwoche genügt. Für diese Personen genügt weiterhin die Vornahme eines Selbsttests ohne Aufsicht (§ 3 Abs. 3 S. 2 Nr. 3 i. V. m. S. 3).

Abs. 4 nimmt Kinder bis zum sechsten Geburtstag (Nr. 1) und darüber hinaus noch nicht eingeschulte Kinder (Nr. 2) von den Testerfordernissen des § 28b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und Nr. 4 IfSG aus.

Durch § 3 Abs. 4 Nr. 3 werden schließlich diejenigen Personen von den bundesrechtlichen Testerfordernissen ausgenommen, bei denen die Testung ihren Zweck nicht erfüllen kann. Hierunter fallen zum einen Konstellationen, in denen eine Testung keinen zusätzlichen Schutz bieten kann. Dies gilt etwa für Personen, die die Einrichtungen ohne Kontakt zu vulnerablen Personen aus beruflichen Gründen betreten sowie für Personen, die Einrichtungen im Rahmen eines Notfalleinsatzes oder zum Vollzug hoheitlicher Aufgaben betreten müssen, denn auch dort, wo der Zutritt zu der Einrichtung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unvermeidbar ist, kann durch einen Test kein zusätzlicher Schutz erreicht werden.

Zum anderen sind durch § 3 Abs. 4 Nr. 3 Personen von den Testerfordernissen ausgenommen, die insbesondere im Nachgang zu durchgemachten Infektionen, trotz weiterhin positiver Testergebnisse nicht mehr infektiös sind und von denen deshalb keine Ansteckungsgefahr ausgeht.

Abs. 5 hält an der Regelung fest, dass Personen, die Sterbende begleiten, von Testnachweiserfordernissen auch dort ausgenommen sind, wo das Bundesrecht diese vorsieht.

§ 4 regelt die Möglichkeit ergänzender Anordnungen und von Ausnahmen.

§ 5 enthält die erforderlichen Ordnungswidrigkeitstatbestände, um Verstöße gegen die landesrechtlichen Schutzmaßnahmen zu sanktionieren.

§ 6 bestimmt das Inkrafttreten und das Außerkrafttreten. Die Verordnung tritt am 1. Oktober 2022 in Kraft. Ihr Außerkrafttreten ist für den Ablauf des 28. Oktober 2022 vorgesehen. Obschon die bundesrechtliche Befugnisnorm innerhalb des Zeitraums vom 1. Oktober 2022 bis 7. April 2023 keine ausdrückliche Befristung verlangt, ist die Geltungsdauer der Verordnung befristet. Dies stellt zusammen mit der fortlaufenden Beobachtung und Bewertung des Pandemiegeschehens sowie der fortlaufenden Überprüfung der Maßnahmen sicher, dass die Regelungen nur in dem zur Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens und der sonstigen kritischen Infrastrukturen jeweils erforderlichen Maße aufrechterhalten werden.

Impressum**Herausgeber:**

Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Postanschrift: Postfach 220011, 80535 München

Telefon: +49 (0)89 2165-0, E-Mail: direkt@bayern.de

Technische Umsetzung:

Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:

Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech

Telefon: +49 (0)8191 126-725, Telefax: +49 (0)8191 126-855, E-Mail: druckerei.ii@jv.bayern.de

ISSN 2627-3411**Erscheinungshinweis / Bezugsbedingungen:**

Das Bayerische Ministerialblatt (BayMBl.) erscheint nach Bedarf, regelmäßiger Tag der Veröffentlichung ist Mittwoch. Es wird im Internet auf der Verkündungsplattform Bayern www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die Verkündungsplattform Bayern ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der Verkündungsplattform Bayern entnommen werden.



Bayerisches Ministerialblatt

BayMBl. 2022 Nr. 607

27. Oktober 2022

2126-1-21-G

Verordnung zur Änderung der Siebzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung vom 27. Oktober 2022

Auf Grund des § 32 Satz 1 in Verbindung mit § 28 Abs. 1, § 28b Abs. 1 Satz 9 und 10 sowie Abs. 2 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), das zuletzt durch Art. 2 des Gesetzes vom 13. Oktober 2022 (BGBl. II S. 539) geändert worden ist, und § 9 Nr. 5 der Delegationsverordnung (DelV) vom 28. Januar 2014 (GVBl. S. 22, BayRS 103-2-V), die zuletzt durch Verordnung vom 27. September 2022 (BayMBl. Nr. 555) geändert worden ist, verordnet das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege:

§ 1

Die Siebzehnte Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (17. BayIfSMV) vom 30. September 2022 (BayMBl. Nr. 557, BayRS 2126-1-21-G) wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 werden nach dem Wort „eines“ die Wörter „aufgrund seiner CE-Kennzeichnung verkehrsfähigen oder“ eingefügt.
2. In § 6 wird die Angabe „28. Oktober 2022“ durch die Angabe „9. Dezember 2022“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 28. Oktober 2022 in Kraft.

München, den 27. Oktober 2022

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

Klaus Holtschek, Staatsminister

Impressum**Herausgeber:**

Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Postanschrift: Postfach 220011, 80535 München

Telefon: +49 (0)89 2165-0, E-Mail: direkt@bayern.de

Technische Umsetzung:

Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:

Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech

Telefon: +49 (0)8191 126-725, Telefax: +49 (0)8191 126-855, E-Mail: druckerei.ii@jv.bayern.de

ISSN 2627-3411**Erscheinungshinweis / Bezugsbedingungen:**

Das Bayerische Ministerialblatt (BayMBl.) erscheint nach Bedarf, regelmäßiger Tag der Veröffentlichung ist Mittwoch. Es wird im Internet auf der Verkündungsplattform Bayern www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die Verkündungsplattform Bayern ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der Verkündungsplattform Bayern entnommen werden.



Bayerisches Ministerialblatt

BayMBl. 2022 Nr. 608

27. Oktober 2022

2126-1-21-G

Begründung der Verordnung zur Änderung der Siebzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung

vom 27. Oktober 2022

Die Begründung der Verordnung zur Änderung der Siebzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (17. BayIfSMV) vom 27. Oktober 2022 (BayMBl. Nr. 607) wird im Hinblick auf § 28b Abs. 5 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) bekannt gemacht.

Die vorliegende Verordnung beruht auf § 32 Satz 1 in Verbindung mit § 28 Abs. 1, § 28b Abs. 1 Satz 9 und 10, Abs. 2 IfSG und § 9 Nr. 5 DelV. Durch die Änderungsverordnung wird die Laufzeit der 17. BayIfSMV um sechs Wochen bis 9. Dezember 2022 verlängert.

Soweit Maßnahmen der 17. BayIfSMV fortgeführt werden, wird auf die Begründung der 17. BayIfSMV vom 30. September 2022 (BayMBl. Nr. 558), die Begründung der 16. BayIfSMV vom 1. April 2022 (BayMBl. Nr. 211) sowie auf die Begründungen der Verordnungen zur Änderung der 16. BayIfSMV vom 29. April (BayMBl. Nr. 267), vom 27. Mai (BayMBl. Nr. 328), vom 24. Juni (BayMBl. Nr. 385), vom 30. Juni (BayMBl. Nr. 401), vom 21. Juli (BayMBl. Nr. 428), vom 18. August (BayMBl. Nr. 487), vom 8. September (BayMBl. Nr. 512) und vom 22. September 2022 (BayMBl. Nr. 538) verwiesen.

Das maßgebliche Lagebild für die vorliegende Verordnung stellt sich wie folgt dar:

Nach dem Anstieg der täglichen Fallzahlen ab Mitte September 2022, ist seit der Kalenderwoche 41 (10. Oktober bis 16. Oktober 2022) der Scheitelpunkt der Omikron-Herbstwelle überschritten und es sind wieder sinkende Fallzahlen zu verzeichnen. Am 27. Oktober 2022 liegt die 7-Tage-Inzidenz der Meldedefälle in Bayern bei 421,7. Damit weist Bayern am 27. Oktober 2022 eine 7-Tage-Inzidenz unter dem Bundesdurchschnitt von 493,4 auf. Die Reproduktionszahl lag in den vergangenen Tagen stabil unter dem Wert von 1. Nach RKI-Berechnungen liegt der 7-Tage-R-Wert für Bayern am 27. Oktober 2022 bei 0,77, für Deutschland bei 0,84.

In der Gesamtbetrachtung zeigt sich in Bayern ein zwar weiterhin hohes, aber zuletzt kontinuierlich sinkendes Infektionsniveau.

Die binnen einer Kalenderwoche gemeldeten Sterbefälle sind mit Datenstand vom 26. Oktober 2022 mit 147 Sterbefällen in der Kalenderwoche 41 (10. Oktober bis 16. Oktober 2022) über dem Niveau der Vorwoche (3. Oktober bis 9. Oktober 2022) mit 132 Sterbefällen. Die 7-Tage-Hospitalisierungsrate als Maßstab für die Krankheitsschwere befindet sich deutlich unter dem Niveau der Vorwoche. Am 27. Oktober 2022 wurden nach den Daten des RKI innerhalb der letzten sieben Tage 1 674 hospitalisierte Fälle registriert, was einer 7-Tage-Hospitalisierungsinzidenz von 12,7 entspricht (https://www.lgl.bayern.de/gesundheit/infektionsschutz/infektionskrankheiten_a_z/coronavirus/karte_coronavirus/index.htm#wKennzahlen). Eine Woche zuvor, am 20. Oktober 2022, waren es 2 265 hospitalisierte Fälle innerhalb der letzten sieben Tage (7-Tage-Hospitalisierungsinzidenz von 17,19).

Nach einem Rückgang der Belegungen mit Patienten mit einem positiven SARS-COV-2-Nachweis im Sommer 2022 war seit Mitte September 2022 eine starke Zunahme der Belegung mit COVID-19-Patienten zu verzeichnen. Seit etwa Mitte Oktober ist allerdings unter tageweisen Schwankungen eine Tendenz zur Abnahme der Belegungszahlen mit COVID-19-Patienten festzustellen.

Auch im Bereich der Intensivkapazitäten war die Anzahl von COVID-19 Patienten nach einem Rückgang im Sommer 2022 seit Mitte September 2022 bayernweit wieder merklich angestiegen. Analog zur COVID-19-

Gesamtbelegung zeichnet sich hier ebenfalls seit etwa Mitte Oktober unter tageweisen Schwankungen eine sinkende Tendenz ab.

Aktuell werden bayernweit 3 521 Patienten, bei denen eine Infektion mit SARS-CoV-2 nachgewiesen wurde, stationär behandelt (Meldungen der Krankenhäuser in IVENA vom 27. Oktober 2022). Davon werden derzeit 260 COVID-19-Fälle intensivmedizinisch behandelt (Meldungen der Krankenhäuser im DIVI-Intensivregister vom 27. Oktober 2022). Die durchschnittliche Auslastung der Intensivstationen liegt bayernweit bei rund 90,1 % (DIVI-Meldungen, Stand 27. Oktober 2022).

Angesichts der noch immer erheblichen Belegung insbesondere der Normalstationen mit COVID-19-Patienten und der gleichzeitig zu verzeichnenden Personalausfälle sind die aktuelle Entwicklung der Hospitalisierung von COVID-19-Patienten sowie die Personalsituation der Kliniken weiterhin sehr aufmerksam zu beobachten. Auch im Normalpflegebereich bringt die Behandlung von Patienten mit einer nachgewiesenen SARS-CoV-2-Infektion einen erheblichen zusätzlichen Isolationsaufwand mit sich. Personalengpässe führten in den vergangenen Wochen bereits zu teils schwierigen Betriebssituationen in den Krankenhäusern. Neben den Patientenzahlen ist das Vorhandensein des Personals für die Verfügbarkeit der Krankenhausbetten und somit für die Lagebeurteilung von entscheidender Bedeutung. So wird das System umso stärker belastet, je stärker sich die zu verzeichnenden Personalausfälle, etwa infolge von Quarantäne- oder Isolationsmaßnahmen, darstellen. Beim Klinikpersonal kommt es laut Rückmeldungen aus der Praxis aktuell noch immer zu teils hohen Ausfällen. Ursächlich hierfür sind neben COVID-19-Infektionen auch zunehmend jahreszeit- und witterungsbedingte Infektionen. Die hierauf zurückzuführenden Ausfälle haben bereits jetzt ein erhebliches Ausmaß erreicht, das perspektivisch weiter steigen kann. Von den Personalausfällen sind nicht nur die bettenführenden Stationen betroffen, sondern auch die Notaufnahmen und Funktionsbereiche der Krankenhäuser, was die Versorgungssituation besonders empfindlich trifft. Kliniken berichten in diesem Zusammenhang weiterhin über die Notwendigkeit, das elektive Behandlungsgeschehen zumindest teilweise einzuschränken oder vorübergehend ganz auszusetzen.

Die Patientenversorgung ist somit aktuell nur durch erhebliche Anstrengungen der Kliniken gewährleistet. Die Lage der bayerischen Krankenhäuser wird insgesamt als derzeit zwar beherrschbar, aber durchaus nach wie vor als herausfordernd und teils sehr angespannt eingeschätzt. Da sich auch in den Krankenhäusern die Situation stets mit einem zeitlichen Verzug zum eigentlichen Infektionsgeschehen entwickelt, ist davon auszugehen, dass die Belastung in den Kliniken in den nächsten Tagen bzw. Wochen weiter anhält und sich allenfalls leicht verbessert.

In Bayern haben (Stand 27. Oktober 2022) 9 905 451 Personen, und damit rund 75,2 %, eine Grundimmunisierung durch Impfung(en) erhalten. Die Impfquote der grundimmunisierten Personen ab 60 Jahren liegt in Bayern bei rund 88,2 %, die Impfquote der grundimmunisierten Personen im Alter von 18 bis 59 Jahren liegt bei rund 82,0 % und die Impfquote der grundimmunisierten Personen im Alter von 12 bis 17 Jahren bei rund 70,6 %. In Bayern wurden bisher 7 778 329 erste Auffrischungsimpfungen durchgeführt. Die Impfquote bei den ersten Auffrischungsimpfungen liegt damit bezogen auf die bayerische Bevölkerung derzeit bei rund 59,0 %. Bezogen auf die bayerische Gesamtbevölkerung liegt die Impfquote bei der zweiten Auffrischungsimpfung in Bayern hier aktuell bei rund 9,2 %, bei der Bevölkerung ab 60 Jahren liegt sie bei rund 25,8 %.

Weiterhin ist die Omikron-Sublinie BA.5 die in Deutschland dominierende SARS-CoV-2-Variante, ihr Gesamtanteil lag in der Kalenderwoche 40/2022 bei 96 %. Darunter befinden sich auch die beiden BA.5-Sublinien BQ.1 und BQ.1.1, welche seit Kalenderwoche 35 einen deutlichen Anstieg verzeichnen. Andere Varianten wurden fast vollständig verdrängt. Die Varianten BA.2 und BA.4 machten auch in dieser Woche nur einen geringen Anteil von je ca. 2 % aus.

Das Coronavirus SARS-CoV-2 zirkuliert weiterhin in erheblichem Maße in der Bevölkerung. Es verbreitet sich überall dort, wo Menschen ohne Schutzmaßnahmen zusammenkommen, insbesondere in geschlossenen Räumen. Der Anteil schwerer Erkrankungen und Todesfälle ist nicht mehr so hoch wie in den ersten vier Erkrankungswellen der COVID-19-Pandemie. Die höchste Gefährdung für schwere Erkrankungen betrifft jedoch nach wie vor Menschen höheren Alters und Menschen mit Vorerkrankungen oder unzureichendem Immunschutz. Ihr Schutz steht auch in der aktuellen Phase der Pandemie weiterhin im Vordergrund.

Der geringere Anteil schwerer Erkrankungen und die niedrigere Zahl der mit einer COVID-19-Erkrankung assoziierten Todesfälle während der Omikron-Welle im Vergleich zu den ersten vier Wellen sind zurückzuführen auf die zunehmende Grundimmunität in der Bevölkerung, insbesondere aufgrund der gut

wirksamen Impfung, in Kombination mit einem grundsätzlich geringeren Anteil schwerer Erkrankungen bei Infektionen, die durch die Omikron-Variante hervorgerufen werden.

Zu beachten sind zudem auch andere – vor allem saisonal verstärkt auftretende – Atemwegserkrankungen, die zusätzlich zu COVID-19 eine individuelle gesundheitliche Belastung darstellen und auch zu einer starken Belastung des Gesundheitssystems beitragen können. Die nach der RKI-Surveillance für Atemwegserkrankungen für die Bevölkerung in Deutschland geschätzte Rate der akuten Atemwegserkrankungen (ARE-Rate) ist in der 41. KW 2022 im Vergleich zur Vorwoche insgesamt gesunken (7,3 %; Vorwoche: 8,2 %). Die Gesamt-ARE-Rate lag allerdings in der 41. KW im oberen Wertebereich der vorpandemischen Jahre.

Das Ziel der Schutzmaßnahmen ist es, eine Vielzahl schwerer Krankheitsverläufe zu verhindern und für vulnerable Personen einen Schutz herzustellen. Zudem gilt es, schwere Erkrankungen und Todesfälle zu minimieren und Langzeitfolgen, die auch nach milden Krankheitsverläufen auftreten können und deren langfristige Auswirkungen noch nicht absehbar sind, zu vermeiden. Daher sollten von jedem Bürger und jeder Bürgerin möglichst alle empfohlenen Maßnahmen des Infektionsschutzes eigenverantwortlich umgesetzt werden: die Einhaltung des Mindestabstands, die Beachtung der Hygiene, das regelmäßige und gründliche Lüften von Innenräumen vor, während und nach dem Aufenthalt mehrerer Personen sowie das Tragen von Masken (AHA+L-Regeln). Diese Empfehlungen gelten auch für Geimpfte und Genesene, da Infektionen und Transmissionen auch in diesen Personengruppen auftreten können.

Bayern beobachtet das Pandemiegeschehen fortlaufend und hat das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) beauftragt, die Indikatoren des § 28b Abs. 7 Satz 2 IfSG sowie weitere wichtige Parameter wie z. B. Reproduktionszahl, Krankheitsschwere und Auftreten besonderer Ausbruchsgeschehen mittels eines Monitoring-Systems zu überwachen.

Das LGL hat seinen Monitoringbericht zuletzt am 20. Oktober 2022 vorgelegt. Der Bericht des LGL führt in dessen zusammenfassender Bewertung aus, eine konkrete Gefahr für das Gesundheitswesen liege derzeit nicht vor und weitergehende Maßnahmen zur Eindämmung des Pandemiegeschehens seien nicht angezeigt.

Auf Grundlage dieses Monitorings und des geschilderten Lagebilds ist es erforderlich, die bestehenden Maßnahmen für weitere sechs Wochen aufrechtzuerhalten. Über die bisher in der 17. BayIfSMV getroffenen Anordnungen hinausgehende Maßnahmen müssen derzeit nicht ergriffen werden.

Durch § 1 Nr. 1 der Änderungsverordnung wird in § 3 Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 der 17. BayIfSMV klarstellend aufgenommen, dass für einen Selbsttest im Sinn des § 3 Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 der Verordnung wie nach den bundesrechtlichen Vorgaben auch ein Produkt mit CE-Kennzeichnung ausreicht. Selbsttests ohne CE-Kennzeichnung, die eine Sonderzulassung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) erhalten haben, können daneben weiterhin verwendet werden.

Durch die Änderung von § 6 der 17. BayIfSMV wird der Zeitpunkt des Außerkrafttretens der Verordnung auf den 9. Dezember 2022 festgelegt. Die Befristung stellt zusammen mit der fortlaufenden Beobachtung und Bewertung des Pandemiegeschehens sowie der fortlaufenden Überprüfung der Maßnahmen sicher, dass die Regelungen nur in dem zur Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens und der sonstigen kritischen Infrastrukturen jeweils erforderlichen Maße aufrechterhalten werden. Mit Blick auf die relativ geringe Eingriffsintensität der aktuellen Maßnahmen erscheint eine Geltungsdauer von sechs Wochen angemessen.

Impressum**Herausgeber:**

Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Postanschrift: Postfach 220011, 80535 München

Telefon: +49 (0)89 2165-0, E-Mail: direkt@bayern.de

Technische Umsetzung:

Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:

Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech

Telefon: +49 (0)8191 126-725, Telefax: +49 (0)8191 126-855, E-Mail: druckerei.ii@jv.bayern.de

ISSN 2627-3411**Erscheinungshinweis / Bezugsbedingungen:**

Das Bayerische Ministerialblatt (BayMBl.) erscheint nach Bedarf, regelmäßiger Tag der Veröffentlichung ist Mittwoch. Es wird im Internet auf der Verkündungsplattform Bayern www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die Verkündungsplattform Bayern ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der Verkündungsplattform Bayern entnommen werden.



Bayerisches Ministerialblatt

BayMBl. 2022 Nr. 695

8. Dezember 2022

2126-1-21-G

Verordnung zur Änderung der Siebzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung

vom 8. Dezember 2022

Auf Grund des § 32 Satz 1 in Verbindung mit § 28 Abs. 1, § 28b Abs. 1 Satz 9 und 10 sowie Abs. 2 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), das zuletzt durch Art. 2 des Gesetzes vom 13. Oktober 2022 (BGBl. II S. 539) geändert worden ist, und § 9 Nr. 5 der Delegationsverordnung (DeIV) vom 28. Januar 2014 (GVBl. S. 22, BayRS 103-2-V), die zuletzt durch Verordnung vom 27. September 2022 (BayMBl. Nr. 555) geändert worden ist, verordnet das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege:

§ 1

In § 6 der Siebzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (17. BayIfSMV) vom 30. September 2022 (BayMBl. Nr. 557, BayRS 2126-1-21-G), die durch Verordnung vom 27. Oktober 2022 (BayMBl. Nr. 607) geändert worden ist, wird die Angabe „9. Dezember 2022“ durch die Angabe „20. Januar 2023“ ersetzt.

§ 2

Die Siebzehnte Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (17. BayIfSMV) vom 30. September 2022 (BayMBl. Nr. 557, BayRS 2126-1-21-G), die zuletzt durch § 1 dieser Verordnung geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Räumlichkeiten“ die Wörter „einschließlich Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs“ eingefügt.
2. § 2 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nr. 1 wird aufgehoben.
 - b) Die Nrn. 2 und 3 werden die Nrn. 1 und 2.

§ 3

¹Diese Verordnung tritt am 9. Dezember 2022 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 tritt § 2 am 10. Dezember 2022 in Kraft.

München, den 8. Dezember 2022

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

Klaus Holtschek, Staatsminister

Impressum**Herausgeber:**

Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Postanschrift: Postfach 220011, 80535 München

Telefon: +49 (0)89 2165-0, E-Mail: direkt@bayern.de

Technische Umsetzung:

Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:

Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech

Telefon: +49 (0)8191 126-725, Telefax: +49 (0)8191 126-855, E-Mail: druckerei.ll@jv.bayern.de

ISSN 2627-3411

Erscheinungshinweis / Bezugsbedingungen:

Das Bayerische Ministerialblatt (BayMBl.) erscheint nach Bedarf, regelmäßiger Tag der Veröffentlichung ist Mittwoch. Es wird im Internet auf der Verkündungsplattform Bayern www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die Verkündungsplattform Bayern ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der Verkündungsplattform Bayern entnommen werden.



Bayerisches Ministerialblatt

BayMBl. 2022 Nr. 696

8. Dezember 2022

2126-1-21-G

Begründung der Verordnung zur Änderung der Siebzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung

vom 8. Dezember 2022

Die Begründung der Verordnung zur Änderung der Siebzehnten Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (17. BayIfSMV) vom 8. Dezember 2022 (BayMBl. Nr. 695) wird im Hinblick auf § 28b Abs. 5 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) bekannt gemacht.

Die vorliegende Verordnung beruht auf § 32 Satz 1 in Verbindung mit § 28 Abs. 1, § 28b Abs. 1 Satz 9 und 10, Abs. 2 IfSG und § 9 Nr. 5 DelV. Durch § 1 der Änderungsverordnung wird die Laufzeit der 17. BayIfSMV um sechs Wochen bis zum Ablauf des 20. Januar 2023 verlängert. Durch § 2 der Änderungsverordnung wird davon abweichend die Maskenpflicht im öffentlichen Personennahverkehr mit Ablauf des 9. Dezember 2022 aufgehoben.

Soweit Maßnahmen der 17. BayIfSMV fortgeführt werden, wird auf die Begründung der 17. BayIfSMV vom 30. September 2022 (BayMBl. Nr. 558) sowie auf die Begründung der Verordnung zur Änderung der 17. BayIfSMV vom 27. Oktober 2022 (BayMBl. Nr. 608) verwiesen.

Das maßgebliche Lagebild für die vorliegende Verordnung stellt sich wie folgt dar:

Nach wochenlanger Abnahme der täglichen Fallzahlen ab Mitte Oktober 2022, stagnierten die Fallzahlen in der Kalenderwoche 48 (28. November bis 4. Dezember 2022). Am 8. Dezember 2022 liegt die 7-Tage-Inzidenz der Meldedefälle in Bayern bei 115,5. Damit weist Bayern am 8. Dezember 2022 eine 7-Tage-Inzidenz unter dem Bundesdurchschnitt von 214,2 auf. Die Reproduktionszahl lag in den vergangenen Tagen meist um den Wert von 1. Nach RKI-Berechnungen liegt der 7-Tage-R-Wert für Bayern am 8. Dezember 2022 bei 1,03, für Deutschland bei 1,02.

In der Gesamtbetrachtung zeigt sich in Bayern ein zwar weiterhin erhöhtes, aber zuletzt weitgehend stagnierendes Infektionsniveau.

Die binnen einer Kalenderwoche gemeldeten Sterbefälle sind mit Datenstand vom 7. Dezember 2022 mit 42 Sterbefällen in der Kalenderwoche 47 (21. November bis 27. November 2022) unter dem Niveau der Vorwoche (14. November bis 20. November 2022) mit 56 Sterbefällen. Die 7-Tage-Hospitalisierungsrate als Maßstab für die Krankheitsschwere befindet sich leicht über dem Niveau der Vorwoche. Am 8. Dezember 2022 wurden nach den Daten des RKI innerhalb der letzten sieben Tage 980 hospitalisierte Fälle registriert, was einer 7-Tage-Hospitalisierungsinzidenz von 7,44 entspricht (https://www.lgl.bayern.de/gesundheit/infektionsschutz/infektionskrankheiten_a_z/coronavirus/karte_coronavirus/index.htm#wKennzahlen). Eine Woche zuvor, am 1. Dezember 2022, waren es 943 hospitalisierte Fälle innerhalb der letzten sieben Tage (7-Tage-Hospitalisierungsinzidenz von 7,16).

Von Mitte Oktober 2022 bis etwa Ende November 2022 konnte bei den belegten Bettenkapazitäten insgesamt ein deutlicher Rückgang der Belegungszahlen mit COVID-19-Patienten festgestellt werden. Unter den üblichen tageweisen Schwankungen zeichnet sich derzeit eine Plateaubildung bei der Belegung mit COVID-19-Patienten ab.

Auch im Bereich der Intensivkapazitäten wurde analog zur COVID-19-Gesamtbelegung von Mitte Oktober 2022 bis etwa Mitte November 2022 ein Rückgang der COVID-19-Belegung gemeldet. Hier bewegt sich die Zahl der intensivmedizinisch versorgten COVID-19-Patienten unter tageweisen Schwankungen derzeit ebenfalls insgesamt auf einem Plateau.

Aktuell werden bayernweit 1 855 Patienten, bei denen eine Infektion mit SARS-CoV-2 nachgewiesen wurde, stationär behandelt (Meldungen der Krankenhäuser in IVENA vom 8. Dezember 2022). Davon werden derzeit 112 COVID-19-Fälle intensivmedizinisch behandelt (Meldungen der Krankenhäuser im DIVI-Intensivregister vom 8. Dezember 2022). Die durchschnittliche Auslastung der Intensivstationen liegt bayernweit bei rund 89,9 % (DIVI-Meldungen, Stand 8. Dezember 2022).

Angesichts der noch immer merklichen Belegung insbesondere der Normalstationen mit COVID-19-Patienten und der gleichzeitig zu verzeichnenden Personalausfälle sind die aktuelle Entwicklung der Hospitalisierung von COVID-19-Patienten sowie die Personalsituation der Kliniken weiterhin aufmerksam zu beobachten. Auch im Normalpflegebereich bringt die Behandlung von Patienten mit einer nachgewiesenen SARS-CoV-2-Infektion trotz der mit der Anpassung der AV Corona-Schutzmaßnahmen zum 16. November 2022 (BayMBl. Nr. 631) einhergehenden Erleichterungen einen zusätzlichen Isolationsaufwand mit sich. Personalengpässe führten seit einigen Wochen zu teilweise schwierigen Betriebssituationen in den Krankenhäusern. Ursächlich hierfür sind teils COVID-19-Infektionen, jahreszeit- und witterungsbedingte Infektionen sowie eine zunehmende Ermüdung des Personals, die teils in einer beruflichen Umorientierung mündet. Neben den Patientenzahlen ist das Vorhandensein des Personals für die Verfügbarkeit der Krankenhausbetten und somit für die Lagebeurteilung von entscheidender Bedeutung. So wird das System umso stärker belastet, je stärker sich die zu verzeichnenden Personalausfälle darstellen. Von den Personalausfällen sind nicht nur die bettenführenden Stationen betroffen, sondern auch die Notaufnahmen und Funktionsbereiche der Krankenhäuser, was die Versorgungssituation zusätzlich erschwert.

Die Lage der bayerischen Krankenhäuser wird daher als derzeit zwar angespannt, insgesamt aber weitgehend kompensiert eingeschätzt.

In Bayern haben (Stand 8. Dezember 2022) 9 909 046 Personen, und damit rund 75,2 %, eine Grundimmunisierung durch Impfung(en) erhalten. Die Impfquote der grundimmunisierten Personen ab 60 Jahren liegt in Bayern bei rund 88,2 %, die Impfquote der grundimmunisierten Personen im Alter von 18 bis 59 Jahren liegt bei rund 82,0 % und die Impfquote der grundimmunisierten Personen im Alter von 12 bis 17 Jahren bei rund 70,7 %. In Bayern wurden bisher 7 798 987 erste Auffrischungsimpfungen durchgeführt. Die Impfquote bei den ersten Auffrischungsimpfungen liegt damit bezogen auf die bayerische Bevölkerung derzeit bei rund 59,2 %. Bezogen auf die bayerische Gesamtbevölkerung liegt die Impfquote bei der zweiten Auffrischungsimpfung in Bayern hier aktuell bei rund 11,3 %, bei der Bevölkerung ab 60 Jahren liegt sie bei rund 31,2 %.

Weiterhin ist die Omikron-Sublinie BA.5 die in Deutschland dominierende SARS-CoV-2-Variante, ihr Gesamtanteil lag in der Kalenderwoche 46 bei 91 %. Dabei nimmt der Anteil bestimmter Unterformen von BA.5 (insbesondere BQ.1.1), die von der WHO als "Omikron-Subvarianten unter Beobachtung" eingestuft werden, in Deutschland weiter auf über 13 % in der Kalenderwoche 46 zu. Der Anteil von BA.2 erhöhte sich auf über 5,9 % und auch der Anteil von BA.4 erhöhte sich auf 1,4 % in der Kalenderwoche 46. Andere Varianten wie Omikron BA.2 und BA.4 spielen nur eine geringe Rolle.

Das Coronavirus SARS-CoV-2 zirkuliert weiterhin in der Bevölkerung. Es verbreitet sich überall dort, wo Menschen ohne Schutzmaßnahmen zusammenkommen, insbesondere in geschlossenen Räumen. Der Anteil schwerer Erkrankungen und Todesfälle ist nicht mehr so hoch wie in den ersten vier Erkrankungswellen der COVID-19-Pandemie. Die höchste Gefährdung für schwere Erkrankungen betrifft jedoch nach wie vor Menschen höheren Alters und Menschen mit Vorerkrankungen oder unzureichendem Immunschutz. Ihr Schutz steht auch in der aktuellen Phase der Pandemie weiterhin im Vordergrund.

Der geringere Anteil schwerer Erkrankungen und die niedrigere Zahl der mit einer COVID-19-Erkrankung assoziierten Todesfälle während der Omikron-Welle im Vergleich zu den ersten vier Wellen sind zurückzuführen auf die zunehmende Grundimmunität in der Bevölkerung, insbesondere aufgrund der gut wirksamen Impfung, in Kombination mit einem grundsätzlich geringeren Anteil schwerer Erkrankungen bei Infektionen, die durch die Omikron-Variante hervorgerufen werden.

Auch andere – vor allem saisonal verstärkt auftretende – Atemwegserkrankungen, stellen zusätzlich zu COVID-19 eine individuelle gesundheitliche Belastung dar und tragen aktuell teilweise auch zu einer starken Belastung des Gesundheitssystems bei. Die nach der RKI-Surveillance für Atemwegserkrankungen für die Bevölkerung in Deutschland geschätzte Rate der akuten Atemwegserkrankungen (ARE-Rate) ist in den vergangenen Wochen stark angestiegen und liegt in der Kalenderwoche 48 sehr deutlich über dem Bereich der Vorjahre zu dieser Zeit und hat das Niveau, das zum Höhepunkt der starken Grippewelle 2017/18 beobachtet wurde, bereits überschritten. Dieser Anstieg ist vor allem durch Infektionen mit Influenza-Viren

(51 % der Fälle in den Sentinelproben der Arbeitsgemeinschaft Influenza am RKI) sowie der Respiratorischen Synzytial-Viren (RSV, 15 % der Fälle) bedingt. SARS-CoV-2 spielt mit 4 % der Fälle nur noch eine untergeordnete Rolle.

Das Ziel der Schutzmaßnahmen ist es, eine Vielzahl schwerer Krankheitsverläufe durch SARS-CoV-2 zu verhindern und für vulnerable Personen einen Schutz herzustellen. Zudem gilt es schwere Erkrankungen und Todesfälle zu minimieren und Langzeitfolgen, die auch nach milden Krankheitsverläufen auftreten können und deren langfristige Auswirkungen noch nicht absehbar sind, zu vermeiden. Daher sollten von jedem Bürger und jeder Bürgerin möglichst alle empfohlenen Maßnahmen des Infektionsschutzes eigenverantwortlich umgesetzt werden: die Einhaltung des Mindestabstands, die Beachtung der Hygiene, das regelmäßige und gründliche Lüften von Innenräumen vor, während und nach dem Aufenthalt mehrerer Personen sowie das Tragen von Masken (AHA+L-Regeln). Diese Empfehlungen gelten auch für Geimpfte und Genesene, da Infektionen und Transmissionen auch in diesen Personengruppen auftreten können.

Bayern beobachtet das Pandemiegeschehen fortlaufend und hat das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) beauftragt, die Indikatoren des § 28b Abs. 7 Satz 2 IfSG sowie weitere wichtige Parameter wie z. B. Reproduktionszahl, Krankheitsschwere und Auftreten besonderer Ausbruchsgeschehen mittels eines Monitoring-Systems zu überwachen.

Das LGL hat zuletzt seinen Monitoringbericht mit Datenstand vom 1. Dezember 2022 vorgelegt. Der Bericht des LGL führt in dessen zusammenfassender Bewertung aus, eine konkrete Gefahr für das Gesundheitswesen liege derzeit nicht vor und weitergehende Maßnahmen zur Eindämmung des Pandemiegeschehens seien nicht angezeigt.

Auf Grundlage dieses Monitorings und des geschilderten Lagebilds ist es erforderlich, die bestehenden Maßnahmen mit Ausnahme der Maskenpflicht im ÖPNV für weitere sechs Wochen aufrechtzuerhalten. Über die bisher in der 17. BayIfSMV getroffenen Anordnungen hinausgehende Maßnahmen müssen derzeit nicht ergriffen werden.

Durch § 1 der Änderungsverordnung wird die Laufzeit der 17. BayIfSMV um sechs Wochen bis einschließlich 20. Januar 2023 verlängert. Die Befristung stellt zusammen mit der fortlaufenden Beobachtung und Bewertung des Pandemiegeschehens sowie der fortlaufenden Überprüfung der Maßnahmen sicher, dass die Regelungen nur in dem zur Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens und der sonstigen kritischen Infrastrukturen jeweils erforderlichen Maße aufrechterhalten werden. Mit Blick auf die relativ geringe Eingriffsintensität der aktuellen Maßnahmen erscheint eine Geltungsdauer von sechs Wochen angemessen.

§ 2 der Änderungsverordnung bestimmt, dass die Maskenpflicht in den Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs mit Ablauf des 9. Dezember 2022 und damit zu dem Zeitpunkt, zu dem die 17. BayIfSMV ohne die hier vorgenommene Verlängerung außer Kraft getreten wäre, endet. Nach § 28b Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe b), Nr. 2 IfSG können die Länder Maskenpflichten in Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs anordnen, soweit dies zur Verhinderung der Verbreitung der Coronavirus-Krankheit 2019 (COVID 19) und zur Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems oder der sonstigen Kritischen Infrastrukturen erforderlich ist. Beachtlich erscheint, dass das Infektionsgeschehen mit SARS-CoV-2 in Bayern aktuell ein insgesamt niedriges Niveau aufweist und die derzeit hohe Zahl akuter Atemwegserkrankungen zu über 95 % nicht auf SARS-CoV-2, sondern auf andere Krankheitserreger zurückzuführen ist. Vor diesem Hintergrund erscheint eine an die Allgemeinheit gerichtete, bußgeldbewehrte Maskenpflicht in Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs nicht mehr erforderlich im Sinne von § 28b Abs. 2 IfSG.

Dessen ungeachtet bleiben Masken ein wirksames Mittel, um Ansteckungen zu vermeiden. Auch nach dem Wegfall der Maskenpflicht bleibt deshalb die bereits zuvor in § 1 der 17. BayIfSMV festgelegte Empfehlung, in Innenräumen Maske zu tragen, bestehen. Die Änderung in § 1 der 17. BayIfSMV stellt klar, dass diese Empfehlung auch die Verkehrsmittel des öffentlichen Personennahverkehrs umfasst.

Derzeit weiterhin erforderlich und daher aufrechtzuerhalten ist die Maskenpflicht in Gebäuden und geschlossenen Räumen außerhalb privater Räumlichkeiten von Obdachlosenunterkünften und Einrichtungen zur gemeinschaftlichen Unterbringung von Asylbewerbern, vollziehbar Ausreisepflichtigen, Flüchtlingen und Spätaussiedlern. Das gleiche gilt für die die bundesrechtliche Maskenpflicht für Patienten und Besucher ergänzende landesrechtliche Maskenpflicht für Betreiber und Beschäftigte der in § 2 Abs. 1 Nr. 2 der 17. BayIfSMV genannten Einrichtungen zur medizinischen Versorgung.

Die von der landesrechtlichen Maskenpflicht erfassten Einrichtungen zur medizinischen Versorgung werden auch und gerade von vulnerablen Personen aufgesucht. Es besteht dort in der Regel ein enger Kontakt zu den Beschäftigten. Die genannten Sammelunterkünfte müssen auch von vulnerablen Personen genutzt werden und in ihnen besteht in der Regel über einen im Vergleich zur Dauer der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs längeren Zeitraum hinweg Kontakt zu anderen Personen.

§ 2 Nr. 2 Buchstabe b) der Änderungsverordnung enthält redaktionelle Folgeänderungen.

§ 3 der Änderungsverordnung bestimmt das Inkrafttreten der Änderungen. Die Verlängerung tritt zum 9. Dezember 2022 in Kraft, die Bestimmungen zur Aufhebung der Maskenpflicht in den Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs einschließlich der damit verbundenen redaktionellen Folgeänderungen und zur Anpassung der Empfehlungen des § 1 der 17. BayIfSMV treten zum 10. Dezember 2022 in Kraft.

Impressum

Herausgeber:

Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Postanschrift: Postfach 220011, 80535 München

Telefon: +49 (0)89 2165-0, E-Mail: direkt@bayern.de

Technische Umsetzung:

Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck:

Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech

Telefon: +49 (0)8191 126-725, Telefax: +49 (0)8191 126-855, E-Mail: druckerei.ii@jv.bayern.de

ISSN 2627-3411

Erscheinungshinweis / Bezugsbedingungen:

Das Bayerische Ministerialblatt (BayMBl.) erscheint nach Bedarf, regelmäßiger Tag der Veröffentlichung ist Mittwoch. Es wird im Internet auf der Verkündungsplattform Bayern www.verkuendung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die Verkündungsplattform Bayern ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der Verkündungsplattform Bayern entnommen werden.